

Die Wirtschaftslage in Ostdeutschland

Autor(en): **Meier, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **51 (1959)**

Heft 6

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353898>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

allzu häufige Flickereien am Zivilgesetzbuch würde der Bundesrat nicht schon nach einem oder zwei Jahren den Räten die Vorlage betreffend das Baurecht unterbreiten wollen. Wir hoffen, daß der Bundesrat sich nochmals überlegt, ob er nicht doch zu der von Bundesrat Feldmann vertretenen Auffassung zurückkehren wolle. Würde er von sich aus die beiden Gegenstände in *einer* Vorlage dem Parlament unterbreiten, so wäre der Zeitverlust viel geringer, als wenn allfällig später das Parlament den Gesetzesentwurf über das StWE mit dem Wunsche auf Vereinigung der beiden gesetzgeberischen Vorschläge in einem einzigen Gesetz an ihn zurückweisen würde.

Dr. Emil Klöti, Zürich

Die Wirtschaftslage in Ostdeutschland*

In einem ähnlich starken Maße wie im Herbst und Winter 1956 wird die Wirtschaftslage der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) in dieser Zeit von politischen Faktoren beeinflußt. Während jedoch damals die polnischen und ungarischen Ereignisse hemmend und zum Teil sogar lähmend auf den mitteldeutschen Wirtschaftskreislauf einwirkten, scheint heute von der sowjetischen außenpolitischen Aktivität das Wirtschaftsleben der SBZ — vor allem im Bereich der Wirtschaftsplanung — neue Impulse zu empfangen. Die zentralen Wirtschaftsbehörden in Ostberlin sehen ihre Hauptaufgabe offensichtlich darin, die schon immer behauptete Ueberlegenheit ihres Wirtschaftssystems gegenüber der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik nunmehr dadurch beweisen zu wollen, daß sie das westdeutsche Niveau im Verbrauch wichtiger Konsumgüter je Kopf bis zum Jahre 1961 übertreffen möchten.

Im Sommer 1956 sprach Ulbricht nur von einem friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerb mit der Bundesrepublik, wobei in Pankow offiziell zugegeben wurde, «daß es eine ausgesprochene Torheit wäre, wenn wir in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) versuchen wollten, die kapitalistische Wirtschaft auf allen Gebieten der Technik zu überholen». In dem Vorwort zum neuen Volkswirtschaftsplan heißt es dagegen, daß es nicht nur gelte, das Weltniveau zu erreichen, sondern dieses selbst mitzubestimmen. Mußten damals der Bevölkerung «einschneidende Maßnahmen» angekündigt werden, mit denen die Eigenproduktion erhöht und — vor allem in der Brennstoff- und Energiewirtschaft — der Eigenverbrauch «streng gedrosselt» werden sollte, ja gab man offiziell zu, daß ein Weg gefunden werden müsse, «und sei er noch so mühsam und hart», um

* Aus «Gewerkschaftliche Monatshefte», Zeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heft 3, März 1959.

die Schlüsselprobleme der mitteldeutschen Wirtschaft zu lösen, so wird heute der Bevölkerung versprochen, daß es ihr im Jahre 1961 im großen und ganzen besser gehen werde als der westdeutschen Bevölkerung.

Diese bemerkenswerte Wandlung in der Einschätzung der wirtschaftlichen Möglichkeiten und die in ihr zum Ausdruck kommende erhöhte wirtschaftliche Selbstsicherheit läßt sich jedoch nur zum Teil aus der realen Besserung der wirtschaftlichen Situation seit damals erklären.

Die Hauptengpässe der mitteldeutschen Wirtschaft – Versorgung der Industrie mit Energie, metallurgischem Koks, Edelstählen, Feinblechen, der Bauindustrie mit sortimentgerechten Baustählen, ferner der Arbeitskräftebedarf im Bergbau, der Landwirtschaft und einzelnen Zweigen des Maschinenbaus und die hiermit eng zusammenhängende ungenügende Mechanisierung des Arbeits- und Produktionsprozesses sowie die in vielen Industriezweigen noch gar nicht in Angriff genommene oder erst in den Anfängen stehende Rationalisierung des Maschinenparks – konnten seit damals zwar gemildert werden, aber sie verhindern noch immer im Verein mit den planungstechnischen Fehlern und den Folgen der Schwerfälligkeit der für dieses System erforderlichen Wirtschafts- und Verwaltungsbürokratie die volle Ausschöpfung und Nutzbarmachung der mitteldeutschen Wirtschaftskraft. Ulbrichts vor noch nicht so langer Zeit abgegebene Erklärung: «Das Niveau der Arbeitsproduktivität reicht gegenwärtig noch nicht aus, um Mittel in einer solchen Höhe zu akkumulieren, daß gleichzeitig die Industrie in großem Umfange neu ausgerüstet und die Lebenslage der Werktätigen weiter verbessert werden kann», gilt im Grundsatz auch heute.

Wenn wir dies alles berücksichtigen bei der Suche nach einer Erklärung für das hochgeschraubte Versprechen eines bis 1961 so beträchtlich gesteigerten Lebensstandards für die Bevölkerung der SBZ, dann kommen wir zwangsläufig auf das Feld der politischen Propaganda. In der Vorstellung der östlichen Verhandlungspartner an einem Tisch der Wiedervereinigungsverhandlungen bilden die politischen Unterschiede zwischen West- und Mitteldeutschland keinen Hintergrund für eine von ihnen angestrebte Konföderation, weil sie ihr System ja für das bessere halten. Sie könnten aber befürchten, daß die nicht wegzuleugnende augenblicklich noch schlechtere Versorgungssituation in der SBZ von den westlichen Verhandlungspartnern ihnen als Beweis dafür vorgehalten würde, daß das in Mitteldeutschland praktizierte System weder in wirtschaftlicher noch in politischer Hinsicht für eine Konföderation mit der Bundesrepublik reif sei.

*

In der Rede des Chefs der Plankommission der SBZ, Leuschner, standen die Ausführungen über die «spürbare Verbesserung der Le-

benslage» zur Begründung des Volkswirtschaftsplanes 1959 mit am Anfang. Das gesamte Warenangebot in den Betrieben des Handels, Gaststätten- und Hotelwesens soll von rund 36 Mia DM/O (Ostmark) im Vorjahre auf 40 Mia DM/O in diesem Jahre zunehmen, also um 11 Prozent. Die Zuwachsrate für die Industrieproduktion soll 11,1 Prozent (wobei der Maschinenbau mit 15 Prozent die stärkste Steigerung erzielen soll) und für die Investitionen 20 Prozent betragen. Wenn auch in dem für 1959 geplanten Investitionswert von 14,7 Mia DM/O die Fertigstellung von seit Jahren unvollendeten Bauvorhaben mit einem Wert von etwa 5 Mia DM/O enthalten sein dürfte und der Zuwachs des Warenangebotes nicht dem Zuwachs des Verbrauches entspricht, weil noch immer ein Teil der Produktion als Ladenhüter mit der amtlichen Bezeichnung «Ueberplanbestände» keine Käufer findet, so sind doch die Anstrengungen zur Hebung des wirtschaftlichen Niveaus in der SBZ gerade im Jahre 1959 unverkennbar.

Wie sehr dabei die Verbrauchsoptik im Vordergrund steht, zeigten Leuschners Ausführungen deutlich. Nach ihm ist der Verbrauch je Kopf an Zucker, Fleisch, tierischen Fetten und Butter heute in der SBZ bereits höher als in Westdeutschland. Das ist einigermaßen überraschend, zumal die persönlichen Berichte aus Mitteldeutschland hierüber anderes aussagen. Wenn man ferner bedenkt, daß nach der sowjetzonalen Berechnungsmethode zum persönlichen Verbrauch auch die Verarbeitung dieser Erzeugnisse durch die mitteldeutsche Industrie für den Auslandabsatz sowie die Lagerhaltung und die Versorgung der Angehörigen der Besatzungsarmee gehören, dann macht das die von Leuschner genannten Zahlen nicht glaubwürdiger. Seine weiteren, für den Verbrauch bedeutsamen Prognosen sehen eine starke Annäherung an das westdeutsche Verbrauchsniveau u. a. bei Lederschuhen, Seidengewebe, Bohnenkaffee und Fettkäse vor. Auch bei Motorrädern, Mopeds, Kühlschränken, Fernsehgeräten und Fahrrädern soll die Versorgung besser werden, wofür «beträchtliche Importe» vorgesehen worden sind.

Lassen wir ruhig einmal die Qualitätsunterschiede unberücksichtigt, dann bleibt immer noch die infolge des Mangels der SBZ an Devisenreserven große Unsicherheit derartiger Importe; denn die Konsumgüter rangieren in der Dringlichkeitsliste der Einfuhr hinter den Rohstoffen und Produktionsgütern. Diese Rangfolge, die nicht nur für die Einfuhr, sondern auch für die Eigenproduktion gilt, kommt klar in dem Hinweis zum Ausdruck, daß die Steigerung der Produktion industrieller Konsumgüter – und allein die Leichtindustrie soll zusätzliche Konsumgüter im Werte von 1 Mia DM/O erzeugen – verlangt, «daß sich die Grundstoffindustrie vorrangig entwickelt».

Noch immer hat also das sog. «sozialistische Grundgesetz» volle Gültigkeit, das in der wirtschaftlichen Entwicklung die Konsumgüterindustrie an die letzte Stelle setzt, während Bergbau und Ener-

giewirtschaft, die Metallurgie, der Maschinen- und Fahrzeugbau, die chemische Industrie und die Baustoffindustrie in jeder Hinsicht bevorzugt werden. Der Mensch wird in diesem System in erster Linie als Produktionsfaktor bewertet. Seine Verbrauchsfunktion ist zweit- oder sogar drittrangig. Als Produktionsfaktor dient er der gesamten Volkswirtschaft – als Verbraucher nur sich selbst.

*

Ein erhöhter Leistungsanreiz vom Verbrauch her ist demnach nur sehr beschränkt möglich. Da aber auch in diesem Jahr für die Steigerung der Industrieproduktion keine zusätzlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen und der Leistungserhöhung durch Rationalisierung relativ enge Grenzen gezogen sind, so bleibt nur die Steigerung der persönlichen Arbeitsleistung übrig, um die Erfüllung der hochgeschraubten Produktionsziele zu sichern.

Seit Jahren bemühen sich die Wirtschaftsbehörden der SBZ, durch «sozialistische Wettbewerbe», freiwillige Normerhöhungen, «Neuerermethoden» und die verschiedensten «Bewegungen» zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und zur Senkung der Ausschußquote Arbeitsleistung und Arbeitsentgelt so aufeinander abzustimmen, daß die Arbeitsproduktivität schneller wächst als der Lohn. Nur in Einzelbereichen sind dabei echte Erfolge erzielt worden, und der neue Volkswirtschaftsplan kritisiert deutlich, daß das «Wissen und der Arbeitsstil» aller in der volkseigenen Wirtschaft Tätigen noch nicht auf das Niveau gehoben werden konnte, das in der zentralen Planwirtschaft durch die weitreichenden Organisationsänderungen im Staats- und Wirtschaftsapparat nach dem Gesetz vom 11. Februar 1958 erreicht worden sein soll. Die bisherigen Arbeitsergebnisse reichen nicht mehr aus. Die Arbeitskollektive und die Staatsfunktionäre müßten mutiger und entschiedener gegen alle alten Gewohnheiten angehen, die ihnen noch im Denken und Handeln anhafteten. Man müsse endlich zu einer straffen Ordnung und Organisation in der staatlichen Wirtschaftsleitung und zu einer vorbildlichen Arbeits- und Staatsdisziplin an «allen Stellen und in allen Betrieben» kommen. Der weitere Fortschritt sei abhängig von der Bildung einer «neuen, sozialistischen Disziplin der freiwilligen Durchführung der Anordnungen und der kameradschaftlichen Gemeinschaftsarbeit».

Wenn in einem offiziellen Dokument nach zehnjähriger uneingeschränkter Herrschaft der SED und bei immer strafferer zentraler Planwirtschaft so offene und kritische Worte fallen, dann wird damit zugegeben, daß die neuen Produktionsverhältnisse das Bewußtsein der Werktätigen aller Kategorien noch nicht in dem Maße geändert haben, wie die sowjetsozialistische Theorie das vorsieht. Wie könnte es sonst notwendig sein, daß der Chef der Plankommission mit scharfen Worten den Egoismus der Betriebe rügt, die durch die Hortung

von Rohstoffen und Mangelmaterialien, die sie selber im Augenblick gar nicht benötigen und sich für den Fall der Fälle zurücklegen, die Ordnung der Materialzufuhr in Mengen und Sortimenten in der gesamten volkseigenen Produktion gefährden? Wie wäre es sonst möglich, daß Betriebe und Verwaltungen immer wieder dabei erpapt werden, daß sie versuchen, für von ihnen durchzuführende Investitionsvorhaben Millionenbeträge mehr anzufordern als sie eigentlich dafür brauchen?

Dieser Mangel an «sozialistischem Bewußtsein», an Einsicht in die gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeiten und an freiwilliger Unterordnung der persönlichen Belange – der Mangel an diesen Eigenschaften, die zum reibungslosen Funktionieren einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs unerläßlich sind, ist in der Tat eines der stärksten Hemmnisse des Systems. Der ausgezeichnet formulierte Begriff «Volkseigentum» muß solange ohne echten Inhalt bleiben, wie er im Bewußtsein des einzelnen mit dem Begriff «Staatseigentum» gleichgesetzt wird, ohne daß sich persönliches Interesse und das Gefühl einer persönlichen Verpflichtung mit ihm verbindet.

*

Dies kommt besonders eindringlich in der Landwirtschaft zum Ausdruck, weil hier die Planwirtschaft auf natürliche Grenzen im wahrsten Sinne des Wortes stößt und ihre Produktionsbedingungen mehr erfordern als nur die Ausführung staatlicher Anordnungen.

*Hektarerträge der mitteldeutschen Landwirtschaft
nach Eigentumsformen in Doppelzentnern je Hektare*

	1955	1956	1957	1958
	Getreide			
Volkseigene Güter	27,6	26,2	26,6	26,7
Produktionsgenoss.	25,1	23,5	23,3	25,3
Privatbetriebe	24,6	23,5	23,1	25,1
	Kartoffeln			
Volkseigene Güter	119,3	169,0	167,4	151,7
Produktionsgenoss.	113,9	153,2	160,3	136,5
Privatbetriebe	137,2	179,0	185,1	155,0
	Zuckerrüben			
Volkseigene Güter	261,6	220,4	305,3	300,7
Produktionsgenoss.	241,4	195,3	285,4	279,1
Privatbetriebe	276,6	225,0	299,5	293,0

Quelle: Vierteljahreshefte der Statistischen Zentralverwaltung der SBZ, Nr. 4/1958.

Nur beim Getreideanbau, der im Verhältnis zu andern Fruchtarten relativ wenig Pflegearbeit erfordert, zeigen sich die Staatsgüter den Privatbetrieben überlegen, zumal sie als Großbetriebe für den Anbau dieser Massenfrucht besonders prädestiniert sind. Die LPG liefen bei den Getreideerträgen mit den Privatbetrieben parallel. Ganz anders ist das Verhältnis bei den Hackfrüchten, die sehr viel mehr Arbeitsintensität erfordern. Die Ueberlegenheit der Staatsgüter und der LPG in der maschinellen Ausrüstung gegenüber den Privatbetrieben hat sich im Hackfruchtanbau bei den LPG überhaupt nicht und bei den Staatsgütern nur in den Jahren 1957 und 1958 in etwas höheren Hektarerträgen bei Zuckerrüben ausgewirkt.

Das Gewicht dieser Zahlen wird noch größer, wenn man bedenkt, daß die Staatsgüter und LPG auch in der Versorgung mit Saatgut und Handelsdünger den privaten Landwirtschaftsbetrieben gegenüber bevorzugt werden und jährlich aus dem Staatshaushalt Zuschüsse von mehreren hundert Millionen für Investitionen und zur Vervollständigung des toten und lebenden Inventars erhalten.

Auch bei der Ernte des letzten Jahres lagen die Hektarerträge bei Getreide und Hackfrüchten in der SBZ noch unter den in Westdeutschland erzielten. Am geringsten war der Unterschied bei Futtergetreide mit 0,2 dz/ha (Doppelzentner pro Hektare), dagegen war er bei Kartoffeln mit rund 75 dz/ha und bei Zuckerrüben mit rund 80 dz/ha außerordentlich groß. Auf die Hauptsorgen der mitteldeutschen Landwirtschaft – Arbeitskräfte- und Maschinenmangel – war bereits hingewiesen worden. Eine vielsagende Schlüsselzahl ist der Treckerbesatz (je 15 PS) auf 100 ha Ackerfläche: Er beträgt in der Bundesrepublik 9,9 und in der SBZ nur 1,1.

Wie in der Industrie soll auch in der Landwirtschaft Mitteldeutschlands der private Einfluß weitgehend ausgeschaltet werden. Die landwirtschaftliche Nutzfläche der SBZ wird heute schon zu mehr als 40 Prozent kollektiv bzw. sozialistisch bewirtschaftet, und in diesen Tagen dürfte bereits die 10 000. LPG errichtet worden sein. Das offizielle Ziel ist die volle Sozialisierung der Landwirtschaft, wobei die Zentralbehörden ständig betonen, daß dieser Umwandlungsprozeß auf der freiwilligen Zustimmung der privaten Bauern beruhen müsse. Diese Forderung wird jedoch von vielen örtlichen Heißspornen nicht immer sehr ernst genommen. Sie sehen vor sich das im Gesetz über den zweiten Fünfjahrplan festgelegte Ziel der mindestens fünfzigprozentigen Kollektivbewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzfläche der SBZ und wollen die Planerfüllung nicht von der freiwilligen Mitwirkung der betroffenen Bauern abhängig machen. Außerdem sichert ihnen eine vorfristige Planerfüllung besondere Anerkennung.

Aus diesen Gründen fand die Westberliner Grüne Woche bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung Mitteldeutschlands noch mehr Interesse als in den Jahren vorher. Aber die örtlichen Behörden der

SBZ versuchten mit noch schärferen Mitteln als bisher, Fahrten aus der Zone nach Westberlin zu unterbinden. Die trotz diesen Maßnahmen auf der Grünen Woche erschienenen rund 120 000 Besucher aus der Zone sind einer von den vielen Beweisen für die Notwendigkeit eines wirklich freien Berlins in Mitteldeutschland. Dieses Umstandes sollten sich alle Kreise in Westdeutschland bewußt sein. Die Besucher aus der Zone bedauerten es sehr, daß an den Reit- und Springturnieren der Grünen Woche von der westdeutschen Reitereite niemand zu sehen war.

*

In dem letzten Statistischen Jahrbuch der SBZ sind die Ergebnisse der staatlichen Ferienbetreuung über den FDGB bekanntgegeben worden, auf die es sich lohnt einzugehen. Von den 5,7 Mio FDGB-Mitgliedern und ihren Familienangehörigen haben im Jahre 1957 1 042 846 eine verbilligte vierzehntägige Ferienreise unternommen, für die die Gewerkschaftsmitglieder 30 DM/O und die nichtorganisierten Fahrtteilnehmer einen Betrag zwischen 55 und 75 DM/O zu zahlen haben. 1956 waren 1 033 229 und 1955 1 049 846 Ferienreisen registriert worden. Es standen im Jahre 1957 in 341 FDGB-eigenen und in 921 Vertragsheimen insgesamt 84 495 Plätze zur Verfügung. Da diese Heime ganzjährig geöffnet sind, wären theoretisch bei je vierzehntägigen Reisen demnach 2 187 870 Reisen möglich gewesen. Wenn sie trotz den günstigen finanziellen Bedingungen nur zu insgesamt rund 47 Prozent in Anspruch genommen worden sind, so kann das nicht nur daran liegen, daß ein Teil des Jahres für Urlaubsreisen nicht besonders gefragt ist; denn bei diesem staatlichen Feriendienst spielen die privaten Wünsche nach Ort und Zeit eine meist sehr untergeordnete Rolle.

Eine besondere Note erhält dieser Feriendienst, wenn das aus dem Aufkommen von Spenden und Selbstverpflichtungen gebaute erste Urlauberschiff, für dessen Fahrten man schon heute in einer Lotterie bei gutem Glück eine Reise nach China mit einer Dauer von vier Wochen gewinnen kann, in See stechen wird. Parallelen zur KdF-Urlauberflotte sind natürlich nur zufällig. Immerhin ist der staatliche Feriendienst eine Maßnahme, die nicht nur der unter planwirtschaftlichen Gesichtspunkten notwendigen Erhaltung und Stärkung des Produktionsfaktors Arbeit, sondern auch der Verbrauchersphäre dient.

Diese menschliche Rücksichtnahme wird sonst allzu oft den planwirtschaftlichen Zielen und Geboten geopfert. Das äußert sich in der noch immer nicht plangerechten Inanspruchnahme der für Arbeitsschutzmaßnahmen vorgesehenen Haushalts- und Betriebsmittel. Auf die Ausbildung von Arbeitsschutzingenieuren wird noch zu wenig Mühe verwendet. Wenn dann noch Sicherheitsbestimmungen mißachtet werden, bleiben schwere Unglücksfälle wie kürzlich im Braun-

kohlentagbau Nachterstedt nicht aus, wo durch einen Bergrutsch von Abraummassen Menschen und Maschinen begraben wurden.

Im abgelaufenen Jahr haben wieder mehr als 200 000 Menschen das Gebiet der SBZ als Flüchtlinge verlassen. 204 000 nahmen den Weg über das Notaufnahmeverfahren. Davon waren 1958 erstmalig mehr als 50 Prozent weiblichen Geschlechts. Bis 1957 überwogen die Männer. Die Altersgliederung hat sich in der Gruppe der älter als 65jährigen in der Weise verändert, daß deren Anteil mit 4,9 Prozent (1957) sich auf 6,2 Prozent erhöhte. Im Alter zwischen 45 und 65 Jahren befanden sich 20,4 Prozent (1957 = 16,7 Prozent). Dementsprechend sank der Anteil der jüngeren Altersgruppen, der 25- bis 45jährigen von 26,2 (1957) auf 25,2 Prozent (1958) und der 6- bis 25jährigen von 44,8 (1957) auf 40,8 Prozent (1958), während die Kleinkinder bis zu sechs Jahren mit 7,4 Prozent den gleichen Anteil behielten.

Im Berufsleben hatten in der SBZ 1957 64,6 und im Jahre 1958 60,5 Prozent der Flüchtlinge gestanden. Das Schwergewicht lag mit 19,3 Prozent (1957 = 23,6 Prozent) wiederum bei Industrie und Handwerk und bei den Berufen in Handel und Verkehr mit 11,8 Prozent (1957 = 12 Prozent). Erhöht haben sich die Anteile bei den Flüchtlingen aus den Wirtschaftsbereichen Gesundheit-, Körperpflege- und Haushaltsdienste, Verwaltung und Rechtswesen sowie aus dem Kunst- und Geistesleben. Der Anteil der Studenten hat sich fast verdoppelt und kennzeichnet die Situation an den mitteldeutschen Hochschulen. Die Erziehung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Universitäten ist eben auch in totalitären Staaten mit dem Wachsen der Fähigkeit und Neigung zum selbständigen und kritischen Denken bei diesem Nachwuchs verbunden. Pankow wäre gut beraten, wenn es die in diesem Jahr bevorstehende 550-Jahrfeier der Universität Leipzig nicht mit weiteren Druckmaßnahmen vorbelastete.

Dr. Walter Meier

Zeitschriften-Rundschau

Nicht Miteigentum, sondern Mitbestimmung!

In der vom Oesterreichischen Arbeiterkammertag und dem Oesterreichischen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Monatsschrift «*Arbeit und Wirtschaft*» (Nr. 4) veröffentlicht *Josef Hindels* unter dem Titel «Wer verfügt über die Produktionsmittel?» einen außerordentlich lesenswerten Aufsatz. Der Verfasser setzt sich sachkundig und scharfsinnig mit den verschiedenen neueren Theorien eines sogenannten

Miteigentums, des «gestreuten Eigentums» und der sogenannten Volksaktien auseinander. Wir müssen uns damit begnügen, den letzten Absatz dieses Artikels zu zitieren:

«Ich komme zu der Schlußfolgerung, daß die Idee des Miteigentums — ob gewollt oder ungewollt, soll hier nicht untersucht werden — von der entscheidenden Aufgabe, die vor den Arbeiterorganisationen steht, nur ablenkt: Das ist die Aufgabe, geeignete Methoden der betrieblichen und überbetrieb-